

Steuerreform ist Sand in den Augen der Beschäftigten

Arbeitnehmer, die getreu dem Leitspruch „Was lange währt, wird endlich gut“ auf eine wohl durchdachte und gerechte Steuerreform gehofft hatten, werden eines Besseren belehrt. Nachdem die Regierung in den vergangenen Wochen und Monaten viel versprochen hatte, ist nun klar: Die Entlastung kommt zu spät, braucht zu lange und fällt aus Arbeitnehmersicht zu gering aus.

AK-Präsident und ÖGB-Landesvorsitzender Peter Eder begrüßt, dass bei der Steuerreform Augenmerk auf die Geringverdiener gelegt worden ist. Die geplante Kürzung der Krankenversicherungsbeiträge ist aus seiner Sicht jedoch die schlechteste Variante.

„Die Regierung hat zwar angekündigt den Krankenkassen die Ausfälle zu refundieren, ohne verfassungsrechtliche Absicherung steht dies aber auf wackeligen Beinen und es drohen Leistungskürzungen und Selbstbehalte. Nachdem durch die Sozialversicherungsreform dem Salzburger Gesundheitssystem bereits 128 Millionen Euro entzogen wurden, sind weitere 60 Millionen kaum mehr zu stemmen“, befürchtet Eder. Nach seinem Dafürhalten hätte es mehr Sinn gemacht die Negativsteuer für Geringverdiener zu erhöhen. „Es ist schizophren, dass der Sozialversicherung und dem Gesundheitssystem erst Mittel entzogen werden, die dann erst recht wieder aus dem Budget ersetzt werden müssen“, erklärt Eder. Wie besorgniserregend die Kürzungen ohne entsprechend abgesicherte Refundierung sind, zeigen zwei Rechenbeispiele. 60 Millionen Euro



Durch die Kürzung des Krankenversicherungsbeitrags könnten künftig 60 Millionen Euro im Salzburger Gesundheitssystem fehlen.

BILD: SH/STOCK.ADOBE.COM/RACLE FOTODESIGN

stellen offene Praxistüren bei allen Salzburger Hausärzten sicher oder finanzieren 35 % aller Medikamentenkosten. „Die Regierung spielt mit dem Feuer. Ohne abgesicherte Finanzierung besteht die Gefahr, dass sich Geringverdiener diese Entlastung durch höhere Selbstbehalte im Krankheitsfall selber zahlen oder schlichtweg künftig keine gute medizinische Versorgung mehr haben.“

Arbeitnehmer verdienen höhere Entlastung

Kritisch sieht Eder auch die überproportionale Entlastung der Firmen. Arbeitnehmer und Konsumenten tragen 80 Prozent zum Steueraufkommen bei. Von der

vorgestellten Entlastung bekommen sie allerdings nur 60 Prozent. Besonders abenteuerlich: Durch die kalte Progression zahlen sie bis zum Ende der Legislaturperiode bis zu 7,5 Milliarden Euro. Im Rahmen der Steuerreform werden ihnen allerdings nur 4,9 Milliarden zurückgezahlt. „Arbeitnehmer bekommen nicht einmal die kalte Progression abgegolten, während es mit der Senkung der Körperschaftssteuer Steuergeschenke für Großkonzerne gibt“, kritisiert AK-Präsident und ÖGB-Landesvorsitzender Peter Eder. „Die Wirtschaft erhält 40 % der Entlastung, obwohl sie nur 20 % des Steueraufkommens trägt. Das ist zutiefst unfair.“

AK stellt Digitalisierungs-Angebote vor

Mit den neuen und kostenlosen Angeboten von „AK extra“ macht die AK Salzburg ihre Mitglieder fit für die digitale Zukunft. Teilnehmer lernen unter anderem die Chancen der Digitalisierung von Arbeit und Alltag für sich zu nützen, erhalten Tipps und Tricks für die Bewerbung im Online-Zeitalter und werden über mögliche schulische oder berufliche Veränderungen beraten.

Interessierte können sich heute ab 17 Uhr beim Tag der Bildung am BFI Salzburg persönlich über alle neuen Angebote informieren. Neben der Vorstellung des neuen Extra Service für AK-Mitglieder wirft Dr. Ursula Maier-Rabler einen Blick auf die „Chancen und Risiken der Digitalisierung“.

WWW.AK-SALZBURG.AT/BILDUNG



BILD: SNAK/Franz Neumayr

KOMMENTAR AK-Präsident Peter Eder

Teures Wohnen bekämpfen

Die Alarmglocken schrillen: Beim Wohnen geht die Kostenexplosion munter weiter. Das Land hätte Möglichkeiten gegenzulenken, tut dies aber nicht. Die Rezepte der AK liegen am Tisch und müssten nur aufgefunden werden: Das Land Salzburg könnte beispielsweise die Land-Invest mit einem ordentlichen Budget ausstatten. Damit könnte die Land-Invest Grundstücke ankaufen und den Bauträgern günstigen Grund und Boden zur Verfügung stellen. In Bürmoos habe ich als Bürgermeister mit einem ähnlichen Modell gezeigt, dass dadurch erschwingliches Wohnen möglich ist. Auch der Bund könnte Signale zur Entlastung setzen – einer unserer Vorschläge: Ein Wohnbonus im Rahmen der Steuerreform, mit dem Mieter und Eigentümer zehn Prozent der Wohnkosten, maximal 500 Euro, steuerlich absetzen können.



Aktionen

Sichern Sie sich schon jetzt Ihre Tickets:

- Jedermann auf der Festung Hohensalzburg
- Sommerszene Salzburg 2019
- 40. Internationales Jazzfestival
- Sommerspiele Melk 2019

Mehr unter
www.ak-salzburg.at



ANZEIGE